



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Reichstagswahlen und der Reichskanzler.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die Reichstagswahlen und der Reichskanzler.



Die neue Wahl der Volksvertretung im deutschen Reiche ist nunmehr im wesentlichen vollendet. Die allgemeinen Wahlen schon mußten auf den, welchem an stetiger und gedeihlicher Entwicklung unsrer politischen Zustände und Einrichtungen gelegen ist, einen wenig erfreulichen Eindruck machen, die zahlreichen Stichwahlen aber haben das Bild, das jene boten, noch unschöner gestaltet, und die hie und da erforderlich gewordenen Nachwahlen werden daran nichts bessern. In den Sattel gehoben von starker Hand, schien das deutsche Volk eine zeitlang wirklich, wie diese Hand erwartete, reiten, sich im Gleichgewicht halten, sich mäßigen zu können. Jetzt wird man daran zweifeln dürfen. Ein Mann geworden, wie man vielfach rühmen hörte, ein nüchterner Rechner mit den vorliegenden Thatfachen, Verhältnissen und Mitteln, ist es in weiteren Kreisen allmählich wieder zurückgegangen, um endlich mit diesen Wahlen zu bekunden, daß es schon auf halbem Wege ist, die Kinderschuhe wieder anzuziehen und, der Phrasentrommel des vulgären Liberalismus folgend, die alten Unarten, die alten politischen Fäseleien von neuem zu beginnen.

Zwar hat die Bethörung noch nicht die Ausdehnung erreicht, welche die fortschrittlich-secessionistische Demagogie erstrebte und hoffte, zwar sind die Wahlergebnisse noch bei weitem nicht die Erfüllung der Voraussetzungen der liberalen Oppositionspresse, die von ihnen eine deutsche Wiederholung der englischen Wahlschlacht erwartete, welche Gladstone an Beaconsfields Stelle brachte; aber schlimm genug, Ursache genug zur Trauer für die Freunde des Reiches und zum Jubel für die Gegner ist das Resultat immerhin. Der politische Schwerpunkt ist erheblich nach links verrückt, ersprießliche Compromisse sind unwahrscheinlicher geworden, Schwankungen und Erschütterungen verhängnißvoller Art können eintreten, die Reaction, von den Liberalen so oft an die Wand gemalt, kann jetzt

kommen und dann vielen als Retterin aus der Noth erscheinen. Die conservativen Elemente des Reichstags geschwächt, die Mittelparteien beträchtlich zusammengeschmolzen, Fortschritt und Seccession in demselben Maße stärker geworden, die Zahl der Vertreter der noch weiter links stehenden Parteien, der süddeutschen Volkspartei und der Socialdemokratie, gleichfalls gewachsen, das Centrum mit seinen welfischen Bundesgenossen in alter Stärke, ja noch um einige Stimmen vermehrt auf dem Platze und jetzt die stärkste Fraction — das ist das Bild des neuen Reichstages, das sich uns entschleiert, nachdem Staub und Qualm der Wahlcampagne sich verzogen haben.

Wie der Staatsmann, dem wir zu danken haben, daß es überhaupt deutsche Wahlen und einen deutschen Reichstag giebt, die letzten Ereignisse auffaßt, oder richtiger vielleicht, wie er sie auf die erste Kunde hin, im frischen Unmuth, im jähen Zorne über so argen Unverstand, so tiefe Verblendung und so viel klägliche Vergesslichkeit aufgefaßt hat, wissen wir. Die „Post“ hat es uns in voriger Woche deutlich und unumwunden gesagt. Viele werden die harte Anklage, die der Artikel erhebt, Wort für Wort mit uns unterschreiben, viele den tiefen Widerwillen über das schmachvolle Treiben der Demagogen von der Linken und über deren Erfolge bei der Wählerschaft, den er athmet, von Grund aus theilen. Wenn aber die Hand, die den Aufsatz schrieb, ankündigt, der Reichskanzler stehe, angeekelt von der Undankbarkeit, die sich in den letzten Wahlen ausgesprochen, im Begriffe, den Kaiser um Entlassung aus seinen Aemtern zu bitten, so antwortet es in uns darauf ohne Besinnen: „Unmöglich!“ und nach reiflichem Ueberlegen noch energischer und zuversichtlicher: „Ganz und gar unmöglich und undenkbar!“ Und was wir uns sagen, sagt sich Deutschland, sagt sich die Welt. Selbst die frivolen Gesellen mit der breiten, dreisten Stirn, welche die Parole: „Fort mit Bismarck!“ ausgaben, würden erschrecken und sich trotz ihres Selbstgefühls in schwerer Verlegenheit befinden, wenn die Ankündigung der „Post“ Wahrheit und die Bitte des Kanzlers erfüllt würde.

Ein solche Erfüllung ist aber nicht entfernt zu denken. Vor einigen Jahren lehnte der Kaiser Wilhelm ein ähnliches Gesuch des Kanzlers mit dreifachem „Niemals“ ab, indem er hinzufügte, so lange er lebe, werde er standhaft jede Verzichtleistung auf die Dienste Bismarcks von sich weisen, und was auch ein großes rheinisches Blatt in dieser Beziehung sich berichten läßt, unsers Wissens ist nicht der geringste Grund vorhanden, zu vermuthen, daß der Monarch seine damalige Meinung irgendwie geändert habe. Im Gegentheile, seit geraumer Zeit bedurften Kaiser und Reich nicht so dringend des klaren und weiten Blickes und der feinen und starken Hand des Fürsten als gegenwärtig, wo die alte Conflictswolke wieder heraufziehen zu wollen scheint, wo drüben jenseits der Vogesen ein Politiker ans Staatsruder getreten ist, den man lange Zeit als Verkörperung des Revanchegedankens anzusehen Ursache hatte, und wo von Petersburg das Gerücht kommt, ein Minister mit panslavistischer Vergangenheit

solle an die Spitze der auswärtigen Angelegenheiten gestellt werden. Die „Post“ hat nicht zu viel behauptet, als sie dem Fürsten Bismarck nachrühmte, daß er den Deutschen in dem letzten Jahrzehnte den Frieden bewahrt habe; sie hätte hinzufügen können, daß der Reichskanzler sich das weitere Verdienst erworben hat, während der kritischen Momente in und nach dem russisch-türkischen Kriege Europa vor Conflicten zu sichern, und wir können ferner darauf hinweisen, daß das österreichisch-deutsche Bündniß, das ihm dabei ein Hauptmittel war, in seiner Person eine Stütze hat, die keiner seiner Nachfolger zu bieten vermöchte. Von dem Augenblicke an, wo er die Nothwendigkeit eines engen Anschlusses Oesterreich-Ungarns und Deutschlands erkannte, hat er an der Verwirklichung dieses Gedankens gearbeitet und ihn mit der ganzen Zähigkeit seines Wesens festgehalten, bis das Werk gelungen war. Er ist dem Bunde unverbrüchlich bis heute treu geblieben. Auch ein Nachfolger Bismarcks würde sich von demselben nicht leicht lossagen. Aber man begreift, daß es für die Oesterreicher und die Ungarn viel mehr Werth haben muß, auf dem Posten des deutschen Reichskanzlers den Mann zu wissen, der die Allianz erdacht und geschlossen hat, und der sie als sein eigenstes Werk pflegt und vor Störung hütet. Der Beitritt Rußlands und Italiens zu diesem Einvernehmen war das Ergebniß jener Defensiv- und Friedenspolitik. Er beruhte wesentlich auf dem Vertrauen zu der Persönlichkeit, die sie inauguriert. Mit dem Rücktritt Bismarcks wäre, wie ein Diplomat sich vor kurzem äußerte, der verbindende Stift aus dem Verhältniß der vier Mächte entfernt.

Wie nach außen, so ist Fürst Bismarck aber auch nach innen vollkommen unentbehrlich. Er ist der Quell aller positiven Ideen, die unser Staatsleben bewegen, der intellectuelle Urheber aller neuen Gedanken, die in ihm der Verwirklichung harren. Niemand übersteht wie er die Lage. Er allein kann dem Andringen der reichsfeindlichen und der antimonarchischen Parteien erfolgreich die Spitze bieten, er allein mit einem nicht maßlosen Papste den Culturkampf durch einen modus vivendi beendigen, bei dem der Staat nicht zu kurz kommt. Verstehen die Parteien ihn heute nicht, schlimm für sie; über kurz oder lang wird ihn das Volk verstehen und über sie richten. Seine Ideen werden trotz der Wahlen fortleben und ihre Frucht tragen, wenn er sie nicht im Stiche läßt, und das kann er bei aller momentanen Verstimmung nicht wollen. Die Krisis, die der Artikel der „Post“ signalisirte, hat nur zeigen können, wie groß und einzig er ist. Ihn sich jetzt aus der Regierung hinwegdenken und einigermaßen gedeihliche Weiterentwicklung erwarten, heißt sich aus der Uhr die Feder, aus dem Körper die Seele hinwegdenken und darauf noch ein Gehen, ein Leben für möglich halten. Es giebt nirgends einen Ersatz für ihn, wenigstens existirt gegenwärtig kein Staatsmann in deutschen Landen, der ihm auch nur entfernt gewachsen wäre, weder in den Beamtenkreisen noch in den Parteien. Auch der, welchen er als seinen Nachfolger genannt haben soll, würde, ob-

wohl er bei verschiedenen Gelegenheiten ein nicht verächtliches Talent befundet hat, neben der Erinnerung an den Riesen wie ein Zwerg erscheinen. Und nun gar die großen Lichter der parlamentarischen Fractionen! Welcher Verständige glaubt an ihre Befähigung, seine Erbschaft anzutreten? Man mache die Probe. Man versuche es, sich, ohne eine Miene zu verziehen, Herrn Windthorst als Reichskanzler vorzustellen — es wird schwer halten. Man stelle sich Herrn v. Bennigsen auf diesem Posten vor — bei aller Anerkennung der guten Eigenschaften des Führers der Nationalliberalen wird man unwillkürlich die Achseln zucken. Man lasse Herrn Eugen Richter oder Herrn Professor Virchow in Gedanken in das Palais neben dem Auswärtigen Amte einziehen, und man würde sich selbst dann, wenn hinter diesen Politikern von der traurigen Gestalt eine starke Majorität stände, sofort sagen müssen, die ärgste Absurdität gedacht und im Traume das lächerlichste aller Wunder vollbracht, die unglaublichste Monstrosität erschaffen zu haben.

Aber dazu kommt noch, daß keine einzige der Fractionen, deren Hauptführer wir nannten, im neuen Reichstage die Mehrheit haben wird, die ein Reichskanzler aus ihrer Mitte als constitutioneller Minister bedürfte. Das radicale Element hat auf dem Gebiete des gemäßigten Liberalismus, der bei seiner zusammengesetzten, zwiespältigen, schwankenden Natur in Zeiten, wo die Gegensätze stark erregt sind, stets besonders gefährdet ist, Eroberungen gemacht, aber die Nationalliberalen und die Freiconservativen haben auch an die weiter rechtsstehenden Conservativen und das Centrum Stimmen abtreten müssen. Secession und Fortschritt werden zusammen einige neunzig Mandate gewonnen haben, die absolute Majorität aber beträgt 199. Wäre es so denkbar, wie es vorläufig undenkbar ist, daß die „große liberale Partei“ sich bildete, von der die Redner und Blätter des radicalen Liberalismus träumen, wäre eine Fusion der Nationalliberalen mit den so gut wie schon zusammengeschlossenen Secessionisten und Fortschrittsleuten möglich, und wäre der Bund für haltbarer anzusehen, als der metallene König in Goethes Märchen, der so kläglich zerfiel, als die Schlange ihm die goldnen Adern herausleckte, so fehlten der liberalen Union doch immer noch mehr als ein halbes hundert Stimmen an jener Majorität, und ein Ministerium Bennigsen, in dem Herr Eugen Richter ein Portefeuille hätte, wäre eine Unmöglichkeit. Wenigstens würde es bei jeder Abstimmung der Opposition der Conservativen und des Centrums begegnen und eine Niederlage erleiden. Schon bei der ersten aber müßte es, dem Grundsätze des Parlamentarismus getreu, den die Herren bekennen, den Kaiser um seinen Abschied bitten, wenn es nicht von sich abweisen wollte, was es von andern fordert.

Mit der großen liberalen Partei hat es also gute Wege, und kommt sie doch einmal zusammen, so hat sie, selbst wenn wir uns mit ihr noch einige kleine liberale Gruppen und etliche sich außerhalb der Fractionenverbände haltende Abgeordnete verbunden vorstellen, noch lange nicht die Majorität. Die Majorität

ist auch nicht beim Centrum und noch weniger bei den Conservativen, wohl aber bei einer Coalition dieser mit jenen, und einem solchen Zusammengehen stehen zwar Schwierigkeiten verschiedener Art entgegen, aber absolut unmöglich wäre es nicht, wenn von geschickter Hand die Wege zu einer Verständigung geebnet würden. An eine Verständigung zwischen den Liberalen und dem Centrum glauben wir so wenig wie an eine Verschmelzung von Wasser und Feuer. Dagegen lehrt ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit, daß die Politik, welche das Centrum leitet, unter Umständen geneigt sein könnte, die Gunst der ihr durch die Wahlen geschaffenen Lage nach der rechten Seite hin zu benutzen und sich mit der Regierung und den Conservativen zu gemeinsamem Schaffen auf wirtschaftlichem und socialen Gebiete zu verbinden, und nach Aeußerungen des Hauptorgans der Partei könnte man annehmen, daß diese Neigung in gewissem Maße wirklich vorhanden wäre. Bekannt ist, daß das Centrum dem Reichskanzler schon einmal bei der Ausführung seiner Reformpläne seine Unterstützung geliehen hat: die Zollreform kam mit Zustimmung der Clerikalen zustande. Fürst Bismarck würde eine solche Unterstützung auch diesmal nicht verschmähen. „Ich habe,“ sagte er, als er mit der wirtschaftlichen Reform begann, „positive praktische Ziele, nach denen ich strebe, zu denen mir mitunter die Linke, mitunter die Rechte geholfen hat, nach meinem Wunsche beide gemeinschaftlich helfen sollten. Aber wer diese Ziele mit mir erstrebt, ob man sie sofort erreicht oder nach jahrelanger gemeinschaftlicher Arbeit ihnen näher kommt und sie schließlich erreicht, darauf kommt es so sehr nicht an — ich gehe mit jedem, der mit den Staats- und Landesinteressen nach meiner Ueberzeugung geht; die Fraction, der er angehört, ist mir vollständig gleichgiltig.“

Eine der „Politischen Correspondenz“ aus Berlin von „sehr bemerkenswerther Seite“ zugekommene Correspondenz sagte von der Situation: „Das Centrum ist in der Vorhand und hat eine große Gelegenheit, die Klugheit seiner politischen Leitung zu zeigen. Wenn die Herren glauben sollten, als Sieger und Herren der Situation dem Reichskanzler ihre Bedingungen dictiren zu können, so werden sie Gelegenheit zum Lernen erhalten. Verstehen sie, die Gunst der Umstände mit Mäßigung zu benutzen, Erreichbares von Unerreichbarem zu unterscheiden, sogar Unwillkommenes zu fördern, um Werthvolleres zu erlangen, so mögen sie die Rolle erhalten, welche zwölf Jahre lang die nationalliberale Partei innegehabt hat, und mögen diese Rolle vielleicht mit weittragenden historischen Wirkungen zum Nutzen des Vaterlandes und zum Heil ihrer Kirche in einem Momente durchführen, dessen Bedeutung für Rom wohl nur wenige Centrumsmitglieder bis jetzt ahnen.“

Darauf antwortete die „Germania“ in einem Artikel, dessen Ausführungen sich zum Theil recht wohl hören ließen. Nachdem das Blatt darauf hingewiesen, daß das Volk das „Niemals,“ welches der Kaiser auf das letzte Abschiedsgesuch des Kanzlers geschrieben, jetzt auf die Ankündigung von dessen Rück-

tritt wiederhole, und nachdem es erklärt hat, auch die klerikale Partei wisse die Verdienste und Kräfte des Fürsten zu schätzen, fährt es fort: „Wir stehen noch inmitten des Culturkampfes, dessen oberster Befehlshaber er war; wir wissen, was der Kanzler gegen uns gethan hat und geschehen ließ, ja wir fühlen es täglich noch. Aber niemals haben wir in den Ruf: »Fort mit Bismarck!« eingestimmt und thun es jetzt erst recht nicht. Nicht aus Furcht oder Eigennutz; denn wir haben Vertrauen im Ueberfluß zu unsrer Sache, sondern einfach aus der klaren Erkenntniß, daß Fürst Bismarck jetzt mehr wie je der Mann der Situation ist, dessen starke Hand die Nation nicht entbehren kann. Aus dieser Erkenntniß folgt aber keineswegs, daß wir geneigt wären, die »Rolle der nationalliberalen Partei« zu übernehmen; aber es folgt daraus der Entschluß, daß wir den Reichskanzler in allen seinen Reformbestrebungen, welche nach unsrer Ueberzeugung zum Heile der Nation gereichen, ehrlich unterstützen, ohne Hinterlist und Selbstsucht, aber auch ohne Aufgabe unsrer vollen ungeschmälerten Selbstständigkeit und Freiheit. Der Kanzler hat bisher die Unterstützung des Centrums verschmäht bis auf die Ausnahme im Jahre 1879. Im folgenden Jahre sagte er sich wieder vom Centrum los; aber unsre Freunde im Parlamente haben daraus keineswegs Anlaß zu irgendwelcher Annäherung an die systematische Opposition genommen. Sie sind ihrem alten Systeme der objectiven, rein sachlichen Prüfung damals treu geblieben und werden es jetzt um so lieber thun, wenn der Kanzler ihnen endlich die Rücksichten zollt, welche sie verdienen. . . Wenn er die Hand des Centrums ergreift, so gehorcht er zunächst der Noth, nicht dem eignen Triebe. Deshalb wird er auch die erste beste Gelegenheit benutzen wollen, um sich von der Rücksichtnahme auf das Centrum wieder frei zu machen. Das steht längst in unserm politischen Calcul, hindert uns aber gar nicht, zur Ueberwindung der augenblicklichen Schwierigkeiten das Unsrige redlich beizutragen. . . Wir wollen das Land vor der liberalen Herrschaft bewahren und die Vorbereitungen treffen zu der conservativen Politik der Zukunft. Letztere ist erst möglich nach gründlicher Beendigung des Culturkampfes.“

Wäre das aufrichtig und ohne Hintergedanken gemeint, so ließe sich hoffen. Zwar kein fester Anschluß, aber Unterstützung von Fall zu Fall, vielleicht in vielen Fällen, gewiß in den nächsten, bei den „augenblicklichen Schwierigkeiten,“ das wäre unter dem Vorbehalt, ähnlich zu verfahren, wohl acceptabel. Es blieben dann nur noch einige Fragen zu beantworten. Was sind die Rücksichten, welche die Freunde der „Germania“ im Parlamente verdienen, und welche der Kanzler ihnen zollen soll? Was ist unter der conservativen Politik der Zukunft zu verstehen? Was heißt gründliche Beendigung des Culturkampfes? Von der Beantwortung dieser Fragen hängt alles ab.

Der Reichskanzler ist in Berlin eingetroffen. Die nächste Woche muß Klarheit in die Situation bringen. Wir erwarten nicht, daß der Fürst zurück-

tritt. Wir nehmen ebensowenig an, daß er den Reichstag auflösen wird. Wir stellen uns den Verlauf der Dinge etwa folgendermaßen vor. Die Regierung wird der Volksvertretung des Reiches vorerst nur den Etat des Reichshaushaltes zur Berathung vorlegen, vielleicht auch den Gesetzentwurf über den Bau des Reichstagspalastes. Dann wird man den Reichstag vertagen und den preussischen Landtag einberufen und demselben den kirchenpolitischen Ausgleich in Form von concreten Gesetzentwürfen zur Verhandlung und Beschlußfassung zugehen lassen. Hierbei wird sich zeigen, ob die Regierung imstande sein wird, mit ihren Zugeständnissen das Centrum zufriedenzustellen und zu gewinnen, und wie weit. Wird eine Verständigung erzielt, so wird der Kanzler den Versuch machen, mit Hilfe des Centrums und der Conservativen seine socialpolitischen Pläne in Gesetze zu verwandeln. Wird keine erreicht, so wird ein Stillstand in der deutschen Gesetzgebung, soweit sie Hauptfragen angeht, eintreten, und der erste geeignete Moment wird benutzt werden, den Reichstag aufzulösen und noch einmal an die Nation zu appelliren. Für diesen Fall sollten die Conservativen sich besser organisiren und unter einander zu verständigen suchen. Man nehme sich an den Fortschrittsleuten ein Beispiel. Mehr Disciplin, mehr Hingebung, mehr Eifer, zu rechter Zeit beginnen, und der nächste Wahlkampf wird bessere Resultate zeigen als der letzte.



## Zola und der Naturalismus auf dem Theater.

Von Robert Prölsch.

(Schluß.)



Zola erwartet das Heil nur von dem neuen naturalistischen Drama. Er ist der Meinung, daß jede Epoche ihre besondere dramatische Form oder Formel (formule) verlange, daß wir uns schon lange in der Entwicklung einer neuen befinden und es dieser nur noch an dem Talente fehle, das für das Theater daselbe vollbringe, was für den Roman schon durch Balzac geschehen sei. Also doch das besondere dramatische Talent! Oder warum vollbringt es Zola nicht selbst? „Ich bin überzeugt — schließt er diesen Theil seiner Betrachtung —, daß das Geld kein Genie hervorzubringen im Stande ist, noch irgend etwas dazu beitragen wird, daß es hervortritt. Gebt euer Geld, es wird der Mittelmäßigkeit, den Farceurs der Geschichte und des Patriotismus zu Gute kommen. Es wird vielleicht mehr Schaden als Gutes bewirken, aber es will doch jedermann leben. Die Zukunft wird sich aber nur durch sich selbst machen, ohne eures Schutzes, eurer Unter-